

schalen und zeitbezogene Einzelleistungsvergütungen vor.

Auch die ärztliche Aus-, Weiter- und Fortbildung müsse sich mehr an den Erfordernissen der hausärztlichen Versorgung orientieren – bis hin zu einem Pflichtpraktikum „Allgemeinmedizin“ im Studium. Unter anderem fordern die Minister in diesem Zusammenhang die Institutionalisierung der Allgemeinmedizin an den medizinischen Hochschulen, die Einführung eines mehrsemestrigen Curriculums Allgemeinmedizin und eine weitere Aufwertung durch die Einführung eines entsprechenden obligatorischen Prüfungsfachs im 3. Klinischen Staatsexamen.

Weitere Vorschläge betreffen die Sicherstellung von hinreichend vielen Weiterbildungsstellen in den Krankenhäusern und den Praxen. Schließlich fordert die Gesundheitsministerkonferenz, die für die ärztliche Grundversorgung relevanten Ausbildungsinhalte auf Kosten des fachärztlichen Spezialwissens in der Lehre und beim Prüfungsfach in der Approbationsordnung beziehungsweise in den Studienordnungen der Medizinischen Fakultäten zu verankern.

Alles in allem deuten die Beschlüsse der Gesundheitsministerkonferenz der Länder darauf hin, daß der Trend zur stärkeren Regionalisierung im Gesundheitswesen verstärkt werden soll. Die Minister drängen mit Macht auf eine Stärkung der hausärztlichen Grundversorgung zu Lasten der niedergelassenen Fachärzte, die obendrein noch Konkurrenz durch ein ambulante Behandlungsrecht der Krankenhausärzte zu fürchten haben.

Daß die Beschlüsse und Forderungen der Länder aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat durchaus von Gewicht sind, ist nicht zu bestreiten. So gesehen gewinnen auch die Stimmen innerhalb der ärztlichen Selbstverwaltung an Gewicht, die Lösungen und Regelungen aus eigener Kraft anmahnen, um nicht am Ende von einer länder- und parteienübergreifenden „Großen Gesundheitskoalition“ vor (unliebsame) Tatsachen gestellt zu werden. Josef Maus

Ständiger Ausschuß der Europäischen Ärzte

Position gegenüber der Kommission stärken

Die diesjährige Plenarversammlung des Ständigen Ausschusses der Europäischen Ärzte (CP) in Lissabon war die letzte unter der Präsidentschaft der portugiesischen Delegation. Diskutiert wurde daher unter anderem, welche Strategien und Ziele die Griechen während ihres im kommenden Jahr beginnenden Vorsitzes des CP verfolgen, um das gesundheitspolitische Programm der europäischen Ärztervertretung auszubauen. Für angeregte Debatten sorgte auch die Frage, wie die Position des Ständigen Ausschusses gegenüber der Europäischen Kommission gestärkt werden kann. Geschlossen stimmten die Delegierten dafür, weiteren osteuropäischen Ärzteorganisationen (aus Bulgarien, der Slowakei und Polen) den Beobachterstatus einzuräumen. Zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses Aus-, Weiter- und Fortbildung wurde Prof. Dr. Jörg Hoppe von der Bundesärztekammer gewählt.

Auffallend heftig nahmen die Delegierten des Ständigen Ausschusses die Vertreterin der Europäischen Kommission, Laxmi Reilly, in die Zange, als es darum ging, die Rolle des CP gegenüber der Kommission zu verteidigen. Dr. Karsten Vilmar, Deutschland, brachte das Anliegen der Delegierten auf den Punkt: „Im Sinne des europäischen Subsidiaritätsprinzips sollte die Kommission stärker auf die Vorschläge des Ständigen Ausschusses zurückgreifen und in die Entscheidungen des Europäischen Parlaments einfließen lassen.“ Die Tatsache, daß der CP die offizielle Vertretung der etwa 1,3 Millionen europäischen Ärzte sei, legitimiere ihn, gegenüber anderen Gruppierungen, wie den europäischen Fachverbänden, vorrangig angehört zu werden, bekräftigte Dr. Guy Meisch, Luxemburg.

Ab '95 in Griechenland

Dr. Otmar Kloiber, Deutschland, zeigte am Beispiel der Abfallentsorgung auf, daß die Kritik der Delegierten nicht ungerechtfertigt ist. Bei einem von der Kommission vorgelegten Entwurf eines Abfallkatalogs seien die Vorschläge der Projektgruppe „Health Care Waste“, an der auch der deutsche CP-Experte Dr. Heinz-Michael Just

teilgenommen hatte, außer acht gelassen worden. „Dies hat die Konsequenz, daß jeglicher Müll aus Krankenhäusern und Arztpraxen als Sondermüll zu behandeln ist, was die Kosten für die Abfallbeseitigung verzehnfachen kann“, rechnete Kloiber vor. Zudem könnten so ökologisch sinnvolle Techniken wie das Recycling von Rohstoffen nicht mehr genutzt werden.

Die Delegierten erklärten sich mit dem Vorschlag Vilmars einverstanden, an ihre nationalen Gesundheits- und Umweltminister einen Brief zu schreiben, in dem diese dazu aufgefordert werden sollen, im europäischen Ministerrat nicht für den Kommissions-Entwurf zu stimmen.

Mit Interesse und Wohlwollen quittierten die Teilnehmer der Plenarversammlung auch die Anregung der Juristengruppe, einen Ad-hoc-Ausschuß einzurichten, der Haftungsfragen im ärztlichen Bereich prüfen soll. Ziel des Ausschusses soll sein, die Kommission über Lösungsmöglichkeiten zur Problematik von Schlichtungen und Patientenversicherung zu informieren.

Der griechischen Delegation, wurde der Wunsch mit auf den Weg gegeben, sich während ihrer Präsidentschaft weiter für eine stärkere Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und dem Parlament einzusetzen. Petra Spielberg